

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 27.03.2007**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Auf Anliegen von Herrn Dr. Franke (Leiter Wirtschaftsförderung) wurde die Tagesordnung wie folgt abgeändert:

7.1. Konzept zur Umsetzung des Gutachtens zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale)

7.2. Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Ostdeutschland als Standort für Direktinvestitionen: Ein Vergleich mit ausgewählten osteuropäischen Städten“

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurde bestätigt.

### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.02.2007
4. Anfragen von Stadträten
5. Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes  
Vorlage: IV/2007/06258
6. Anregungen / Anfragen
7. Mitteilungen
- 7.1. Konzept zur Umsetzung des Gutachtens zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale)
- 7.2. Vorstellung der Ergebnisse der Studie "Ostdeutschland als Standort für Direktinvestitionen: Ein Vergleich mit ausgewählten osteuropäischen Städten"

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.02.2007**

---

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.02.2007 wurde bestätigt.

#### **zu 4      Anfragen von Stadträten**

---

Anfrage von Herrn Heft (PDS):

Haben sich Änderungen durch die weiterhin prekäre Haushaltslage ergeben?

Antwort durch Herrn Dr. Franke:

Es ergeben sich keine Änderungen für die Abschnitte der Wirtschaftsförderung. Die neue Haushaltsplanberatung wird voraussichtlich in der Aprilsitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung behandelt.

#### **zu 5      Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes Vorlage: IV/2007/06258**

---

Herr El-Khalil (CDU) erläuterte die aus seiner Sicht problematischen Umstände in der Innenstadt. Unter anderen ging er dabei auf die Anzahl und Abstandsflächen der Werbeaufsteller und die große Anzahl von „Grillbuden“ ein. Diese Probleme sind der Anlass für das Einbringen dieser Vorlage. Es wird seitens der CDU-Fraktion ein ordentliches Ergebnis über einen längeren Zeitraum angestrebt.

Frau Vent (Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger) wies darauf hin, dass es im Juni 2003 von Ihrer Fraktion eine Vorlage gleichen Inhalts gab.

Herr Heft (Die Linkspartei. PDS) hält den Vorschlag der Verwaltung für sinnvoll. Er rät dem Ausschuss der Stellungnahme von Herrn Dr. Pohlack (Beigeordneter GB II) zu entsprechen.

Herr Lunebach (Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und –planung) gab Auskunft darüber, dass die Sondernutzungssatzung derzeit überarbeitet wird und versucht werden sollte, die bereits vorhandenen Instrumente verstärkt einzusetzen.

Frau Vent schlägt als Lösung die Verwendung von Sammelaufstellern vor.

Die Werbesatzung müsste ihrer Meinung nach von der Sondernutzungssatzung getrennt werden.

Herr Dr. Köck (Die Linkspartei. PDS) unterbreitet den Vorschlag einen Citymanager einzustellen, um die Verschönerung der Innenstadt voranzutreiben.

Herr Lunebach fragt, ob Werbeaufsteller generell verboten werden sollten. Dies könnte ohne Probleme in die Sondernutzungssatzung aufgenommen werden und bis Anfang 2008 realisiert werden. Es sollte dabei jedoch bedacht werden, dass dadurch einige Konflikte entstehen werden.

Herr Dr. Franke gab den Hinweis, dass die Interessen der Händler zu wahren sind. Er gibt die äußeren Umstände des Einzelhandels der Stadt Halle zu bedenken (z. B. Eröffnung Nova Eventis + Leerstände bereits im Zentrum der Stadt). Letztes Jahr wurde in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH ein 4-Punkte-Programm erarbeitet (Inhalt: Erreichbarkeit der Innenstadt, Ansiedlungen in den Vordergrund stellen, Thema Handelsführer und Existenzgründungen Handel).

Es wäre wünschenswert, wenn stärker mit der Citygemeinschaft zusammen gearbeitet würde, um so eine bestmögliche Lösung für die Probleme zu finden.

Herr Dr. Schmidt (SPD) schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen einen Innenstadtbericht anzufertigen, eine Werbesatzung zu erstellen und die Frage durch den GB II zu klären, was an der Sondernutzungssatzung zu verändern ist.

Frau Vent gibt zu Bedenken, dass sich etliche Bürger an den vielen Aufstellern stören. Es ist bereits an einem Kompromiss mit der Citygemeinschaft für einen A-Aufsteller erarbeitet wurden, an den sich jedoch niemand hält. Der Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sollte verstärkt gegen verbotene Aufsteller durchgreifen.

Herr Dr. Köck interessiert sich neben der Stellungnahme vom GB II für einen Bericht vom Fachbereich Wirtschaftsförderung und Fachbereich Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. Diese müssten erarbeitet werden und der Tagesordnungspunkt soll bis zum Vorliegen der Berichte verschoben werden.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem zu.

### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

## **zu 6      Anregungen / Anfragen**

---

Frage von Herrn Puschmann (sachkundiger Einwohner):

Wie viele Beschäftigte haben die Call-Center in Halle und wie hoch ist der durchschnittliche Lohn in einem Call-Center?

Antwort durch Herrn Dr. Franke:

Derzeit sind es ca. 4.200 Beschäftigte. Es gibt jedoch keinen Durchschnittslohn.

## **zu 7      Mitteilungen**

---

### **zu 7.1      Konzept zur Umsetzung des Gutachtens zur strategischen Neuaustrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale)**

---

Der Leiter des Fachbereiches Wirtschaftsförderung informierte zunächst darüber, dass die heutige dritte Berichterstattung zu den Umsetzungsaktivitäten des isw-Gutachtens erstmalig in einer insbesondere, auch die verwaltungsinternen Projekte vertiefend behandelnden, Form erfolgen werde. Deshalb werde vor der Berichterstattung durch Herrn Dr. Franke zu den Aktivitäten im externen Projektbereich Frau Hahnemann als Projektleiterin zum Thema Projekte unter ausschließlicher Mitwirkung der Verwaltung berichten.

## **2. Projekte unter ausschließlicher Mitwirkung der Verwaltung (Berichterstattung durch Frau Hahnemann)**

Das Projekt „Unternehmerfreundliche Stadtverwaltung“ wurde von Frau Hahnemann anhand einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt. Diese ist diesem Protokoll beigelegt.

Frage von Herrn Bauersfeld (CDU):

Warum wurden zu einigen Fragen von vielen Fachbereichen keine Angaben gemacht?

Antwort durch Frau Hahnemann und Herrn Dr. Franke:

Eine solche Befragung wurde zum ersten Mal in der Stadtverwaltung durchgeführt. Viele Fachbereichsleiter konnten einige Sachverhalte einfach nicht einschätzen. Die Beantwortung der Fragen ist nach bestem Wissen und Gewissen geschehen. Ein Schaden durch die Nichtbeantwortung ist nicht entstanden.

Frage von Herrn Dr. Eigenfeld (SPD):

Wie wird mit dem Ergebnis der Befragung umgegangen? Wurde es ausgewertet?

Antwort durch Frau Hahnemann und Herrn Dr. Franke:

Das Ergebnis wurde den Fachbereichsleitern präsentiert. Es wird den betreffenden Fachbereichen ein Maßnahmenplan vorgeschlagen. Ein Punkt dieses Planes sieht eine Schulung der Leiter und Mitarbeiter vor, wie eine Unternehmensberatung zu führen ist. Weitere Vorschläge werden sich sicherlich nach den externen Befragungen ergeben.

## **1. Projekte unter Einbeziehung externer Partner (Berichterstattung durch Herrn Dr. Franke)**

### **1.1. Abstimmung der Leistungsprofile zwischen Akteuren der Wirtschaftsförderung**

Bei der Berichterstattung vor 6 Monaten war über die erfolgten Abstimmungen, insbesondere mit der TGZ und der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH berichtet worden. Die entsprechenden Bereiche der Zusammenarbeit sind inzwischen mit Leben erfüllt und in das laufende Geschäft überführt worden. Weiterer Veränderungsbedarf wird hier im Moment von keiner Seite gesehen. Über Ergebnisse wird künftig nicht mehr im Rahmen dieser Berichterstattung, sondern bei projektbezogenen oder anderen Aktivitäten berichtet werden.

### **1.2. Abstimmung der Leistungsprofile zwischen Kammern, Agentur für Arbeit und ARGE SGB II Halle GmbH und Wirtschaftsförderung**

Über die Ergebnisse der Abstimmung wurde ebenfalls vor einem halben Jahr berichtet. Auch hier findet eine regelmäßige Umsetzung der gemeinsam in Aussicht genommenen Ziele statt. Die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der ARGE SGB II Halle GmbH, insbesondere auf dem Feld der Rekrutierung von Mitarbeitern bei Ansiedlungen von Unternehmen durch den Fachbereich Wirtschaftsförderung oder durch die Expansion am Standort Halle ansässiger Unternehmen, ist Gegenstand der tagtäglichen Zusammenarbeit, die als sehr routiniert, erfolgreich und auch wettbewerbsfähig gegenüber anderen Standorten von den Kunden der Wirtschaftsförderung Halle eingeschätzt wird (zuletzt Entscheidung des Unternehmens buw, die Zahl der Mitarbeiter von 780 im März 2007 auf 1600 Ende 2008 am Standort Halle zu erhöhen, Pressekonferenz vom 19. März 2007).

Bei den Kammern gibt es keine neuen, außer den im Oktober 2006 dargelegten Projekte. Abzuwarten bleibt, ob das Thema der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union und die Findung des so genannten „Ansprechpartners“ für ausländische Unternehmen ein Thema für die Kammern in den nächsten Jahren wird oder ob die Städte (so auch die Position des

Deutschen Städtetages) als der zentrale Ansprechpartner fungieren werden. Welche Kooperations- bzw. Arbeitsteilungsorganisationen sich daraus ergeben, bleibt im Moment noch offen und auch ein Stückweit in der Verantwortung des Bundes, der dabei gegenüber der Europäischen Union die Interessen Deutschlands vertreten hatte.

### **1.3. Aufbau einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft**

Es muss festgestellt werden, dass es nach nunmehr 10 Monaten zu keinem Termin gekommen ist, den Herr Staatssekretär Schubert Frau Oberbürgermeisterin Häußler im Mai 2006 angeboten hatte, um die Erfahrungen auf sächsischer Seite für den Aufbau einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft den potenziellen Interessenten und Gewährsträgern auf sachsen-anhaltinischer Seite einmal vorzustellen. Die negativen Rahmenbedingungen für eine solche Gesellschaft unter Beachtung der kommunalrechtlichen Gegebenheiten lassen nach wie vor keine Abstriche zu. Deshalb können die Stadt Halle und die Stadtwerke nicht als Gesellschafter eintreten, was wiederum für die Sparkasse bindende Voraussetzung einer Mitwirkung wäre. Da hier die Hoffnung auf eine Unterstützung durch den Vorschlag von Herrn Staatssekretär Schubert geschwunden ist, wird das Projekt als nicht machbar unter den gegebenen Umständen eingestuft.

### **1.4. Aufgaben der EVG Halle-Saalkreis**

Im Oktober wurde darüber berichtet, dass ein Gutachten durch die EVG GmbH beauftragt worden sei. Der erste Teil der Begutachtung in Form einer Analyse ist zwischenzeitlich erstellt und mit den Vertretern der Gesellschaft, der städtischen Fachbereiche und der Oberbürgermeisterin ausgewertet worden. Zwischenzeitlich wurde aufgrund der interessanten Erkenntnisse ein modifizierter Vorschlag zur Phase 2 (Entwicklung von Vorschlägen zur inhaltlichen organisatorischen Struktur der Gesellschaft) an die Stadt herangetragen. Es wird im Zuge der Übergabe der Verantwortung als Gesellschafter der EVG zwischen der Oberbürgermeisterin und der Bürgermeisterin in den nächsten Wochen auch der inhaltlichen Verantwortungsübergang geregelt. Es wird erneut vorgeschlagen, das Gutachten nach Vorlage der Ergebnisse der Verwaltung und auch im Ausschuss vorzustellen, was dann insbesondere unter Einbeziehung des verantwortlichen Geschäftsführers erfolgen soll.

Im Herbst soll über diese Thematik erneut im Ausschuss berichtet werden.

## **zu 7.2 Vorstellung der Ergebnisse der Studie "Ostdeutschland als Standort für Direktinvestitionen: Ein Vergleich mit ausgewählten osteuropäischen Städten"**

---

Die Anregung von Herrn Dr. Köck aus der Ausschusssitzung vom 27.02.2007 bezüglich anderen Rankingergebnissen wurde von Herrn Dr. Franke aufgegriffen. Er stellte entsprechende Ergebnisse anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese Präsentation wird diesem Protokoll beigelegt.

Auch die Vorstellung der Ergebnisse der Studie Ostdeutschland als Standort für Direktinvestitionen: Ein Vergleich mit ausgewählten osteuropäischen Städten erfolgte von Herrn Dr. Franke anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese wird ebenfalls diesem Protokoll beigelegt.

Herr Dr. Franke teilte mit, dass die Stadt Halle sich mit 6.500 € an den Kosten der Studie beteiligt hat.

Am 08.05.2007 findet eine Podiumsdiskussion mit Unternehmern, unter Leitung von Herrn Dr. Franke, zum Thema „Rückkehrer aus Osteuropa“ statt. Dr. Köck bittet darum, das Thema „Metropolregion“ einfließen zu lassen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.03.07

---

Milad El-Khalil  
Ausschussvorsitzender

---

Sven Müller  
Protokollführer